

Provisorische Nationalversammlung. — 10. Sitzung am 18. Dezember 1918.

22

N.V./I.

Anfrage

des

Nationalrates Kittinger und Genossen an den Herrn Leiter der Staatskanzlei, betreffend die unhaltbaren Zustände im Telegraphenkorrespondenzbureau.

Die tiefeinschneidende Umwälzung unseres gesamten staatlichen Aufbaues darf nicht vorübergehen, ohne daß die Amlter des neuen Staatswesens einer gründlichen Umänderung unterzogen werden, die eine objektive Verwaltung des Volksvermögens und der sonstigen Volksbelange Gewähr leisten.

Angesichts der hohen Bedeutung, die das Nachrichtenwesen eines Staates erlangt hat, ist es von besonderer Wichtigkeit, daß es den Bedürfnissen des Staates und des Volkes nach jeder Richtung hin Rechnung trägt.

Nach wie vor ist mit dem gesamten Nachrichtendienst des österreichischen Staates das früher her mit vollem Amtscharakter ausgestattete Telegraphenkorrespondenzbureau betraut. Die mannigfachen Angriffe, denen die Leitung des genannten Amtes in den letzten Jahren ausgesetzt war, lassen es räthlich erscheinen, die Verhältnisse im Telegraphenkorrespondenzbureau einer strengen Untersuchung zu unterziehen, um die dort herrschenden Mißstände, welche sich zu einer schweren Gefahr für das junge Staatswesen zu verdichten drohen, endlich mit Stumpf und Stiel auszurotten und einer Gesundung der Zustände des staatlichen Nachrichtenamtes den Weg zu ebnen, nachdem es die Regierung des zusammengestürzten Staates stets verstanden hat, alle an sie gerichteten Beschwerden niederzuschlagen.

Erforscht man den Urgrund aller zutage getretenen grassen Unzufömmlichkeiten, so findet man, daß er in einer selbst für altösterreichische Verhältnisse verblüffenden Verjudung der Beamtenschaft des Telegraphenkorrespondenzbureaus zu finden ist. Am deutlichsten ausgeprägt ist diese Verjudung in der Wiener Zentrale, die man dadurch zu trüben

suchte, daß ein Teil der Beamtenschaft jüdischen Stammes zur Erleichterung ihres Fortkommens die Laufe nahm. Sieht man hiervon ab, so sind in Wien neben dem jüdischen Vorstand im Redaktionsdienst von 5 Chefredakteuren 4 Juden, 13 Redakteuren 7 Juden, 8 Redaktionsadjunkten 5 Juden, alsh insgesamt unter 26 Beamten 16 Juden. Demnach hat die Jüdenschaft 61,53 Prozent des für unsere Öffentlichkeit so wichtigen Dienstzweiges in ihrem Besitze. Da die Absicht besteht, zwei Juden, die in der Prager Filiale vom tschecho-slowakischen Staat nicht übernommen wurden, in den Status der Wiener Zentrale zu übernehmen, wird dieses Verhältnis, eine weitere Erhöhung von 27,6 auf 64,29 Prozent erfahren. Man kann also das Telegraphenkorrespondenzbureau als eine wahre Domäne des Judentums bezeichnen, um so mehr als der Amtsvorstand Hofrat Ernst Pick stets seinen ganzen Einfluß darauf verwendet, um, wie namentlich die Besetzung der Chefredakteurposten darzut, alle einfluß- und erträgnisreichen Posten seinen Stammesgenossen zugänglich zu machen. Eine Stütze in seinen Bestrebungen fand er in dem gewesenen Leiter des Pressedepartements des früheren Ministerratspräsidentens Sektionschef Dr. Ritter v. Pinschhof, der ebenfalls ein getaufter Jude, in seiner durch keinerlei Fachkenntnisse getrübbten Objektivität Picks Personalanträge wahllos zur Durchführung brachte. So kam es, daß die höheren und bedeutenderen Stellen ausschließlich nur mehr an Juden verliehen wurden, obzwar wiederholt tüchtigere, würdigere und rangältere Arier in Betracht gekommen wären. Picks Prinzip ist es aber, die Arier von jedem Wirkungskreise fernzuhalten, ihnen dadurch das

Provisorische Nationalversammlung. — 10. Sitzung am 18. Dezember 1918.

Leben zu verbittern und sie zum Austritt aus dem Amte zu zwingen, um weiterem Zuzug von Juden die Wege zu ebnen. Jede technische Ungeschicklichkeit eines arischen Anfängers wird von dem im Telegraphenkorrespondenzbureau buchstäblich herrschenden Judenklüngel dazu benutzt, die angeblich sachliche Unfähigkeit arischer Beamter darzutun, während es andererseits der gleiche Klüngel ebenso gut versteht, das eigene tatsächlich und jederzeit nachweisbare Unvermögen durch einen Wortschwall von Phrasen zu verbergen. Hofrat Bida läßt sich in seinen Entschlüssen ausschließlich von jüdischen Oberbeamten beraten, die während des Dienstes Zeit genug finden, sich oft stundenlang im Zimmer des Amtschefs aufzuhalten, um ihm zu „referieren“.

Den überwiegenden jüdischen Einfluß auf den Nachrichtendienst läßt ferner die Zusammensetzung des Personals der sogenannten Parlamentsexpozitur erkennen, die, bestimmt für die Vermittlung der Berichte über die Verhandlungen des früheren Abgeordneten- und des Herrenhauses, jetzt der Nationalversammlung, unter den ihr zugeteilten fünf Beamten vier Juden zählt. Da das Überwiegen des jüdischen Elements im Telegraphenkorrespondenzbureau von dessen Stützen mit der besonderen Tüchtigkeit der jüdischen Beamten für den Redaktionsdienst begründet wird, sei zur Illustration dieser „Tüchtigkeit“ ein Fall angeführt, der ein sehr lehrreiches Schlaglicht auf die fachlichen Eignungen des natürlich jüdischen Leiters der Parlamentsexpozitur wirft. In der 70. Sitzung der XXII. Session des österreichischen Abgeordnetenhauses hat Abgeordneter Dr. Waber eine Rede gehalten, in der er das historische Recht der Bulgaren — wir waren damals noch im Bündnis mit Bulgarien — auf die Dobrußscha an Hand der geschichtlichen Ereignisse eingehend begründete. Einige Zeit darauf erhielt Dr. Waber vom Führer des bulgarischen Dobrußschakomitees eine Depesche, in der ihm als ungarischen Abgeordneten — das Telegramm war auch an das ungarische Abgeordnetenhaus gerichtet worden — für sein mannhaftes Eintreten für die bulgarischen Belange gedankt wurde. Das Telegramm schloß: „Es lebe das edle ungarische Volk!“ Daß die bulgarischen Politiker auf den Gedanken kamen, Dr. Waber wäre ungarischer Abgeordneter, ist darauf zurückzuführen, daß magyarisches Blätter, die Bedeutung der zitierten Rede erkennend, diese nach Erscheinung des stenographischen Protokolls veröffentlichten, während die Parlamentsexpozitur des Telegraphenkorrespondenzbureaus, die doch einen direkten Nachrichtenverkehr mit Sophia pflog, sie als bedeutungslos zur Seite legte. Eine Rede von hochpolitischer Tragweite wird achtlos dem Papierkorb übergeben, hingegen werden die wichtigsten Urteile der liberalen Presse in kostspieliger Weise in langen Telegrammen dem Auslande gegenüber

breit getreten. Es hat sich unter anderem der Fall ereignet, daß über telephonischen Wunsch der „Neuen Freien Presse“ deren Leitungsmitglied telegraphisch an das Wolffsche Bureau in Berlin, selbstverständlich auf Staatskosten, übermittelt wurde.

Mit besonderer Vorliebe rühmt Herr Hofrat Bida die Tüchtigkeit der jüdischen Berichterstatter des Telegraphenkorrespondenzbureaus in Bern, Berlin und Stockholm. Die gesamte Wiener Presse hat sich jedoch während des ganzen Krieges unausgesetzt darüber lustig gemacht, daß das österreichische Nachrichtenamt in den drei genannten Städten Nachrichten veröffentlichte, die in der neutralen und reichsdeutschen Presse schon zwei Wochen vorher zu lesen waren, allerdings besser redigiert.

Die Betraung der erwähnten drei Berichterstatter verdient im übrigen eine nähere Beleuchtung, um den Geist zu erkennen, der im Telegraphenkorrespondenzbureau die wichtigsten amtlichen Entscheidungen diktiert.

Der gewesene Berliner Berichterstatter — er wurde angeichts der politischen Umwälzungen von seinem Posten abberufen — war vorerst in Konstantinopel als redaktioneller Vertreter Österreichs. Von dort mußte er im Jahre 1912 abberufen werden, da er durch ein Verhältnis mit einer französischen Tänzerin in Schulden geriet, die seine Stelle in der Konstantinopler Gesellschaft unmöglich machten. Unter Bezahlung seiner Schulden von 12.000 K aus den Mitteln des Telegraphenkorrespondenzbureaus übergeordneten Ministerratspräsidiums wurde er, offenbar zur Belohnung für sein Verhalten in Konstantinopel, nach Berlin versetzt. Hier bezog er außer seinen normalmäßigen Staatsbeamtenbezügen eine Zulage von 4000 K und seit dem Ausbruch des Krieges eine solche von 7000 K jährlich.

Einer ähnlichen Fürsorge erfreut sich der Stockholmer Berichterstatter nur deshalb, weil seine fachliche Tüchtigkeit darin besteht, daß er Jude ist. Er erhielt zu seiner Rangierung im Jahre 1911 aus Staatsmitteln 20.000 K vorgestreckt. Da die Art und Weise, wie dieser beeidete Staatsbeamte seinen Dienst versah, einzig in dem an Korruption gewiß nicht armen Mitösterreich dasteht, sei hierauf näher eingegangen. Vor seiner Verwendung in Stockholm war der in Rede stehende Beamte damit beauftragt, den Dienst für die galizischen Filialen Krakau und Lemberg in polnischer Sprache zu versehen. Da er aber regelmäßig, Tag für Tag, zu spät in den Dienst kam, mußten denselben über dienstlichen Auftrag die arischen Beamten in deutscher Sprache versehen, ohne daß der polnische Beamte jemals zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Dieser Vorgang ist aber auch ein Zeichen dafür, daß der polnische Dienst nach Galizien vollständig überflüssig

Provisorische Nationalversammlung. — 10. Sitzung am 18. Dezember 1918.

war, fehlte doch der polnische Redakteur jahraus, jahrein stets bei der Abgabe des für Galizien bestimmten Materials. Schließlich brachte er ein ärztliches Zeugnis und wies damit eine schwere Herzkrankheit nach. Auf Grund dieser ärztlichen Bescheinigung verfügte der Amtsvorstand seine Versetzung in die Rechnungsabteilung, wo er sich vorwiegend mit der Erledigung der von beiden galizischen Filialen einlangenden amtlichen Eingaben zu beschäftigen hatte, eine vollständig überflüssige, für ihn geschaffene Stellung. Mit dieser Stellung nahm er es so ernst, daß er eines Tages, als der Personenaufzug stecken geblieben war, seelenruhig erklärte, es falle ihm gar nicht ein, die beiden Stockwerke ins Bureau hinaufzugehen und auch tatsächlich das Amtsgebäude mied. „Aber“, so meinte der Amtsvorstand, „man kann doch den Mann einer Gefährdung seiner Gesundheit nicht aussetzen“. Diese Fürsorge muß um so rührender erscheinen, als der arische Leiter der Krakauer Filiale, der wiederholt um eine Vermehrung des dortigen Personals gebeten hatte, infolge Überbürdung und der ungeheuren Aufregungen des Kriegsdienstes tot beim Fernsprecher zusammengestürzt ist. Hierfür hatte man an vorgelegter Stelle nur ein Achselzucken übrig. Befremdend wirkte im Telegraphenkorrespondenzbureau das sonderbare Krankheitsbild des polnischen Beamten, das zwar den amtlichen Redaktionsdienst verhinderte, jedoch die weit umfangreiche Privatberichterstattung zuließ. Das Befremden wuchs, als man ihn bei Abgang des Lokalberichterstatters ins Feld, trotz seines Leidens mit dieser mit einer Jahreszulage von 600 K verbundenen Stelle betraute, nur, um sein Einkommen zu erhöhen, denn geleistet haben er und sein Nachfolger im Lokalberichterstattenden, gleichfalls ein jüdischer Oberbeamter, nichts, vielmehr müssen seither sämtliche Wiener Nachrichten den Lokalkorrespondenzen entnommen und vom Redaktionspersonal verarbeitet werden, so daß die Ausübung des Lokalberichterstatterpostens lediglich auf das mühelose Einheimisen der hierfür entfallenden Zulage sich beschränkt, während andererseits der Bezug der Lokalkorrespondenzen ebenfalls Auslagen erfordert.

Als im Verlauf des Krieges die Errichtung eines Berichterstatterpostens in Stockholm notwendig wurde, fandete der bisher schwer herzleidende polnische Jude über Nacht. Selbstverständlich wurde er, da er über keinerlei Sprachkenntnisse verfügte, ein für einen repräsentativen Posten notwendiges Äußeres nicht sein eigen nannte und sich im inneren Redaktionsdienst durch besondere Vernachlässigung seiner Agenden ausgezeichnet hatte, mit dieser Stelle betraut. Die Gründe hierfür waren seine Rassenzugehörigkeit und die Berichterstatterzulage von 1000 schwedischen Kronen monatlich. Hierbei ist noch in Betracht zu ziehen, daß dieser Beamte sich

stets als russophilen Polen selbst gekennzeichnet hat, also entsprechend seinen politischen Ansichten gewiß die am besten geeignete Persönlichkeit für einen so heiklen Posten wie Stockholm war. Mußte angesichts dieser Tatsache seine ausgezeichnete Stellung Unmut hervorrufen, so wird man verstehen, daß sich dieser zuletzt zu heller Empörung steigerte, als durch private Familiendepechen, die im Amte aufgegeben wurden, ferner durch amtliche Drahtungen bekannt wurde, daß der Vorstand des Telegraphenkorrespondenzbureaus alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um nach der staatlichen Umwälzung der letzten Zeit den in Rede stehenden polnischen Redakteur, der während der ganzen Zeit des Krieges einen Abguß von Bilsudzkis Bildnis als Brustnadel trug, und sich, wie gesagt, stets als Deutschenfeind betätigte, im Rahmen des Telegraphenkorrespondenzbureaus im deutschösterreichischen Staatsdienste unterzubringen und ihn als amtlichen Pressevertreter nach Warschau, beziehungsweise München zu entsenden. Gegen diese über jedes Maß hinausgehende Herausforderung der deutschen Beamten muß entschiedener Einspruch erhoben werden.

Diesem Musterbeispiel jüdischer Unparteilichkeit bei der Verwaltung öffentlicher Belange entspricht auch die Verleihung des Berner Berichterstatterpostens. Auch hier tritt bei Vergebung dieser Stelle eine plötzliche Wunderkur eines bis dahin herzkrank gewesenen jüdischen Günstlings des Amtsvorstandes ein und viel fähigere, politisch einwandfrei, allerdings arische Beamte werden übergangen. Es mag sein, daß in diesem Falle die besondere Befähigung darin gefunden wurde, daß der nach Bern entsendete Redakteur seine „dienstliche“ Erkrankung dazu benutzt hatte, um das Kaffee-Kristall zu leiten und zu verwalten.

Am Schluß des Kapitels über die Verleihung von Auslandsposten im Telegraphenkorrespondenzbureau verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die erwähnten drei Bierden altösterreichischer Bureaukratenwirtschaft zum intimsten Beraterkreis des Amtsvorstandes gehören.

Die tragfähigste Säule des Telegraphenkorrespondenzbureaus ist aber entschieden der Leiter der kommerziellen (volkswirtschaftlichen) Abteilung Chefredakteur Paul Mannheimer, dem für seine hervorragenden Leistungen das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens und der Titel eines Regierungsrates verliehen wurden. Man mag über Orden und Titel denken wie immer, im alten Österreich galten sie als das sichtbare Merkmal für besondere Verdienste um den Staat. Mannheimer ist ein zugewandter Hamburger Jude, der sich aus mannigfachen Gründen materieller Natur in Österreich nach katholischem Ritus taufen ließ. Seine hervorragendsten Eigenschaften sind Unbildung und Unwissen, das so weit geht, daß dieser „Chefredakteur“, wie jeder Sezer des Telegraphenkorrespondenzbureaus bezeugen

Provisorische Nationalversammlung. — 10. Sitzung am 18. Dezember 1918.

kann, nicht imstande ist, einen einfachen Satz druckreif zu stilisieren und sich in seinen Agenden von den Aushilfsbedienten vertreten läßt, die mit Rücksicht auf die Zuteilung der ehemals kommerziellen Beamten zum politischen Redaktionsdienst während der Kriegszeit so ziemlich den gesamten volkswirtschaftlichen Dienst versehen mußten, während der Abteilungsleiter seinem Privatvergnügen nachging, was im übrigen schon seit jeher seine Hauptbeschäftigung war, für die er gegenwärtig ein Jahreseinkommen von mehr als 15.000 Kronen bezieht. Dem Verdienste seine Kronen! Und Verdienste ganz besonderer Art sind es, die zu Mannheimers Auszeichnungen, Titeln und hohen Einkünften geführt haben. Wie er selbst seine Tätigkeit einschätzt, mag aus folgendem Vorfalle hervorgehen. Im Jahre 1909 erschien im „Simplizissimus“ eine Karikatur, darstellend einen Amtsvorstand, der beim Dienstantritt den Abortschlüssel nimmt, ihn nach geraumer Zeit wieder an seinen Platz hängt, sich hierauf ankleidet und mit der Frage: „Ist sonst noch etwas zu tun?“ den Amtsraum wieder verläßt und so zu erkennen gibt, daß er seine angestrebte dienstliche Tätigkeit für den betreffenden Tag als beendet ansieht. Dieses Zerrbild machte unter den jüngeren Beamten des Telegraphenkorrespondenzbureaus die Runde und ein Späßvogel brachte sie Mannheimer zu Gesicht, der, wohl in richtiger Selbsterkenntnis, seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß die Karikatur ihn darstelle und ihn dies ein damals eben vom Amte entlassener Beamter, ein guter Karikaturist, angetan habe. Tatsächlich hat es Mannheimer, seitdem er Leiter der kommerziellen Abteilung ist, stets verstanden, den größten Teil seiner Amtszeit außerhalb des Amtes zu verbringen. Den Nachdienst, der in Friedenszeiten den Einlauf des wichtigsten französischen, englischen und amerikanischen volkswirtschaftlichen Nachrichtenmaterials bringt, hat er als verantwortlicher Leiter nie gesehen. Die Organisation des Dienstes lag stets in den Händen jüngerer Beamter, die dafür von Mannheimer um ihr Fortkommen betrogen wurden, indem er an vorgelegter Stelle darlegte, es sei sein Verdienst, daß der überaus schwierige Dienst tadellos von statten gehe. Die Beamenschaft war allerdings froh, daß sich Mannheimer in dienstlichen Angelegenheiten vollkommen passiv verhielt, empfand man doch seine dienstliche Unbeholfenheit und Unfähigkeit als eine wahre Plage. Ihm selbst war es lieb, solch tatkräftige Mitarbeiter zu haben, erlaubte ihm doch dieser Umstand die größte Freiheit. Mußte man wirklich einmal seine dienstliche Ansicht einholen, so verging dem naiven Frager für lange Zeit die Lust, sich der geistigen Ode Mannheimers wieder auszuweihen. So wurde eines Nachts aus New-York der Niederbruch eines großen Bankhauses gemeldet,

was selbstverständlich auf die folgende Wiener Frühbörse einen niederschmetternden Eindruck hätte ausüben müssen. Der dienstleistende Beamte, mit der volkswirtschaftlichen Materie vollständig vertraut, zweifelte die Richtigkeit der Meldung an, wollte aber andererseits die Verantwortung für ein Verschweigen derselben nicht übernehmen. Nach längerem Bedenken setzte er sich mit dem Chefredakteur telephonisch in Verbindung und erbat sich dessen Weisung. Dieser wollte zunächst eine Meinungsäußerung des Fragestellers wissen, die zu geben letzterer angesichts des heiklen Falles ablehnte. Da entschied Mannheimer, man möge das Urteil der „Neuen Freien Presse“ einholen und danach handeln. Eine derartige Amtsführung dürfte wohl in der ganzen Welt einzig dastehen.

Versteht Mannheimer auch den Dienst nicht, so versteht er doch, die Machtbefugnisse, die ihm kraft seines Amtes zur Verfügung stehen, weidlich zu mißbrauchen. Die gesamte Dienerschaft ist mit den Privataufträgen Mannheimers beschäftigt und häufig ist es vorgekommen, daß der Dienst hierdurch empfindlich-beinträchtigt wurde. Wo es nur immer angeht, benützt Mannheimer seine Stellung als Chefredakteur, um Freikarten für Theater und Konzerte zu erbetteln. Die gesamte Korrespondenz, das Einreichen des Freikartenansehens, des Abholens derselben müssen die Diener des Telegraphenkorrespondenzbureaus während der Dienstzeit ohne Entschädigung besorgen. Sämtliche Dienstboten- und abmeldungen des Hauses Mannheimer werden ebenfalls durch die Dienerschaft des Amtes besorgt, was keine kleine Aufgabe ist, wenn man weiß, daß das Dienstbotenkrankenbuche Mannheimers im Jahre 1913 nicht weniger als 43 An- und Abmeldungen verzeichnete. Mannheimer hat sich auch nicht gescheut, anlässlich einer für ihn notwendig gewordenen Urinuntersuchung die notwendigen Gänge durch einen Unterbeamten besorgen zu lassen, wodurch er selbstverständlich dem Gespötte seiner gesamten dienstlichen Umgebung ausgesetzt war. Selbst für den Abort braucht er zu Zeiten einen Boten. Wenn es ihm gerade paßt, schickt er den Nächstbesten, um nachsehen zu lassen, ob frei ist. Daneben findet er keine Befriedigung noch im Drehen von Zigaretten und im Lesen längst überholter Zeitungen. Die liebevolle Behandlung von Angehörigen jüdischer Nation erstreckt sich aber auch auf außerhalb des Amtes stehende Personen. Herr Emanuel Edler v. Singer, der Parlamentsberichterstatter des „Neuen Wiener Tagblattes“, pflegt seinen Sommerurlaub in Gastein zu verbringen und läßt sich während dieser Zeit in einer kurzen Depesche vom Telegraphenkorrespondenzbureau über die wichtigsten Ereignisse unterrichten. Es mag dahingestellt werden, ob dies in den Wirkungskreis eines amtlichen Nachrichtenamtes gehört, eine Unge-

Provisorische Nationalversammlung. — 10. Sitzung am 18. Dezember 1918.

hörigkeit war es aber, daß für die Kosten dieses Dienstes das ehemalige Ministerratspräsidium aufgefunden ist.

Im Gegensatz zu der Bevorzugung der jüdischen Beamten steht die Behandlung der arischen, die in der ungerechtfertigsten Weise benachteiligt werden, wo immer es nur angeht. Daß arische Beamte in ihrer Beförderung hinter den Juden zurückstehen mußten, war an der Tagesordnung. Wozu gibt es eine Qualifikationsliste? Bei der letzten Beförderung wurde ein während des ganzen Krieges im Felde gestandener Beamter zugunsten des geschilderten Berliner Berichterstatters übergegangen, obwohl dies eine Verordnung ausdrücklich verbietet. Dadurch, daß Vorschüsse in der angeführten Höhe an einzelne erteilt werden, ist es natürlich unmöglich, durch unverschuldetes Unglück in Not zu geraten, arischen Beamten mit auch nur den geringsten Summen zu helfen. Not ist für Hofrat Picl kein Argument für eine Hilfeleistung. Mit zynischer Gleichgültigkeit geht der Amtsvorstand über die Bedürfnisse arischer Angestellter hinweg. Dies hat besonders der Fall der Übernahme der Vertragsbeamten des Telegraphenkorrespondenzbureaus in den Staatsbeamtenstatus bewiesen. Diese wurden seinerzeit infolge einer ungünstigen Auslegung der Dienstpragmatik wider alle bei ihrer Aufnahme getroffenen Vereinbarungen von der Beförderung zum Staatsbeamten ausgeschlossen.

Endlich gelang es im Jänner dieses Jahres den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler zu bewegen, die von früheren Regierungen den Vertragsbeamten gemachten Zusagen nach jahrelangem Warten zu erfüllen. Da aber die Vertragsbeamten durchwegs Arier sind — die Juden würden

alle vor Inkrafttreten der Dienstpragmatik zu Staatsbeamten ernannt —, ließ Hofrat Picl den Akt dreiviertel Jahre liegen und fertigte ihn erst über oberbehördliches Verlangen ab, so daß die Vertragsbeamten jetzt im Dezember noch auf ihre Erneuerungen warten.

Die hygienischen und technischen Einrichtungen des Amtes spotten jeder Beschreibung. Bücherschränke werden jahrelang nicht abgestaubt, die Diensträume sind viel zu klein, die Behelfe mangelhaft. Organisatorischen Anregungen ist der Amtsvorstand abhold, so muß der Dienst eben auf Kosten der Gesundheit der Beamten geleistet werden. Trotzdem jahraus jahrein bis 2 Uhr früh währende Nachtdienste gemacht werden müssen, stehen keine Schlafräume zur Verfügung, kurz, der ganze Betrieb braucht eine durchgreifende Reorganisation. Diese muß aber in die Hände von Männern gelegt werden, die fachlich und moralisch die Eignung besitzen, verantwortliche Posten auszufüllen. Die jetzt tätigen Spitzen bieten nach dem vorhergesagten hierfür sicher keine Gewähr.

Auf Grund der angeführten Tatsachen richten die Unterzeichneten an den Herrn Leiter der Staatskanzlei die Anfrage:

„Ob er geneigt ist, die Zustände im Telegraphenkorrespondenzbureau einer strengen und unparteiischen Untersuchung unterziehen zu lassen, die unbrauchbaren Beamten zu entfernen und an ihre Stelle solche Männer zu setzen, die ihrem Volke in der jetzigen so schweren Zeit wirkliche Dienste erweisen und seine Steuergelder nicht zur Erhöhung des Einkommens einiger Juden verwenden.“

Wien, 18. Dezember 1918.

Richter.
Waber.
Denk.
Feld.
Brunner.
Publich.
Dr. Erler.
Dr. Kienzl.

Rittinger.
Schürff.
Bedra.
Dr. v. Mühlwert.
Wagner.
Hofer.
Beyer.
Dr. Kosler.
Parrer.